

Mail vom 22.11.2024

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

gegenwärtig wird mit Hochdruck darüber diskutiert, ob und welche politischen Regelungen zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes noch dringend vor dem Ende der Legislaturperiode umgesetzt werden sollten.

Eine Maßnahme, die allen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft in der Breite – von der Bäckerei bis zum energieintensiven Industriebetrieb – zugutekommen würde, ist die **Senkung der Übertragungsnetzentgelte durch einen staatlichen Zuschuss in der ursprünglich geplanten Höhe von 5,5 Milliarden Euro.**

Die Gegenfinanzierung für diesen sinnvollen Schritt könnte durch die Umwidmung von derzeit nicht abgerufenen Fördermitteln in Milliardenhöhe gesichert werden.

Wir appellieren an Sie, diese Entscheidung in gemeinsamer Verantwortung aller demokratischen Fraktionen des Bundestages zeitnah zu treffen. **Denn für unsere mittelständischen, oft familiengeführten Elektrostahlunternehmen geht es um ihre Existenz.** Und für unsere integrierten Hüttenwerke geht es um ihre Zukunft – weil die Umstellung vom Hochofenverfahren auf eine klimaschonende Stahlproduktion auf Elektrifizierung beruht!

Hintergrund:

Die im internationalen Vergleich viel zu hohen und in den letzten Wochen noch einmal angestiegenen Strompreise sind mehr als ein Standortnachteil: Sie sind eine existenzielle Gefährdung der Stahlindustrie – und damit des gesamten Wirtschaftsstandorts Deutschland. Denn jeder Euro, den die Stahlindustrie am Standort Deutschland investiert, schafft **drei zusätzliche Euro** an Wertschöpfung in angrenzenden und oft mittelständisch geprägten Zuliefersektoren. Anders gesagt: Wenn unsere Industrie in die Knie geht, gehen viele andere mit! Eindrücklich belegt wurde dieses „Aufeinander angewiesen sein“ der Wertschöpfungsketten jüngst auch in der [BDI-Transformationspfade-Studie](#) von BCG und dem IW Köln. Darin wurde zugleich unmissverständlich deutlich gemacht: Die hohen Energiekosten bergen die reale Gefahr einer Deindustrialisierung.

Notwendigkeiten:

Nötig ist sowohl ein langfristig und nachhaltig wirkendes politisches Konzept, um der Industrie ein strukturell wettbewerbsfähiges Stromkostenniveau zu sichern. Notwendig ist aber auch ein erster, kurzfristig wirksamer Schritt: Die zum Jahresbeginn explodierten Übertragungsnetzentgelte müssen wieder auf das Niveau 2023 abgesenkt werden. Eine Maßnahme, über deren Notwendigkeit sich Spitzenverbände der Industrie und Energiewirtschaft ebenso einig sind wie energieintensive und mittelständische Branchen. Denn dieser Schritt würde nicht nur die Industrie in ihrer gesamten Breite, sondern alle Stromverbraucher entlasten – und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts entscheidend verbessern.

Durch die Umwidmung der nicht benötigten Fördermittel können die nächsten ein bis zwei Jahre überbrückt werden, bis in der kommenden Legislaturperiode eine grundlegende Lösung gefunden werden kann.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Ihre Fraktion im Interesse des Industriestandortes Deutschland einen solchen Schritt mit beschließen würde.

Vertiefte Erläuterungen zur aktuellen Situation bei den Strompreisen und dem politischen Handlungsbedarf aus Sicht der Stahlindustrie finden Sie in unserem [Positionspapier „Wettbewerbsfähige Strompreise als Voraussetzung für die Transformation“](#).

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen